

Grüne sagen  
Ja zu Spitalgesetz

**Abstimmung** Die Kantonalpar-  
tei der Luzerner Grünen hat sich  
an ihrer Mitgliederversamm-  
lung für ein Ja zum Spitalgesetz  
entschieden. Das teilte die Par-  
tei gestern mit. Das revidierte  
Gesetz schaffe die Grundlage  
für Versorgungssicherheit an al-  
len drei Kantonsspitalstandor-  
ten – Wohlen, Sursee und Lu-  
zern – und sichere stabile Spital-  
strukturen. Es sei wichtig, das  
Vertrauen in Politik und Spital-  
leitung wiederherzustellen. Die  
Grünen stimmten auch der Teil-  
revision des kantonalen Finanz-  
ausgleichsgesetzes zu. (rbi)

Jungvögel verlassen  
frühzeitig ihr Nest

**Umgangstipps** Sie bebrüten  
Eier und fliegen hin und her, um  
Nahrung für die Nestlinge zu be-  
schaffen: Das Brutgeschäft der  
Vögel ist in vollem Gange. Man-  
cherorts haben die ersten Jung-  
vögel bereits das Nest verlassen  
– teils, bevor sie überhaupt richtig  
fliegen können. Das ist etwa bei  
Amsel und Hausrotschwanz der  
Fall. «Dennoch sind diese Jung-  
vögel schon gut gerüstet für das  
Überleben ausserhalb des Nests:  
Ihre Eltern umsorgen sie weiter-  
hin», schreibt die Vogelwarte in  
einer Mitteilung. Jungvögel benö-  
tigen daher meist keine mensch-  
liche Hilfe. «Es wäre sogar falsch,  
sie mitzunehmen, da selbst die  
kompetenteste Pflegeperson die  
Aufzucht nie so geschickt meis-  
tert wie die Vögel Eltern.»

Manchmal würden Jungvögel  
bei ihrem ersten Ausflug jedoch  
an einem ungünstigen Ort lan-  
den, etwa auf einer Strasse oder  
in unmittelbarer Nähe einer Kat-  
ze. Bei akuter Gefahr sei daher  
ein wenig Unterstützung sinnvoll.  
Dabei reiche es, den Vogel in ein  
nah gelegenes Gebüsch zu set-  
zen; der Geruch des Menschen  
störe die Vögel Eltern nicht. Wer  
unsicher ist, ob die Vögel Eltern in  
der Nähe sind, sollte den Jungvo-  
gel aus mindestens 50 Metern  
Distanz beobachten. Wird er  
während einer Stunde nicht von  
den Eltern mit Nahrung versorgt,  
empfiehlt es sich, mit einer Pfl-  
gestation Kontakt aufzunehmen.

Vogelwarte Sempach  
berät bei Unsicherheit

Dasselbe gelte auch, wenn ver-  
letzte Vögel oder kaum befieder-  
te Nestlinge am Boden aufgefun-  
den werden. «Da die Haltung  
und Pflege von Vögeln nicht nur  
Fachwissen, sondern auch eine  
kantonale Bewilligung erfordert,  
muss auf eine Aufzucht zu Hau-  
se verzichtet werden.»

Vogelkinder, die zu früh aus  
dem Nest fallen, erkennt man  
daran, dass sie meist fast oder  
ganz nackt sind und nicht hüpfen  
können. Unter [www.vogelwarte.ch/vogel-gefunden](http://www.vogelwarte.ch/vogel-gefunden) gibt es Tipps,  
um in den häufigsten Situationen  
richtig zu reagieren. Ist man un-  
sicher, ob es sich wirklich um  
einen zu früh aus dem Nest ge-  
fallenen Jungvogel handelt, so  
empfiehlt die Vogelwarte, ihn zu  
fotografieren und sich nach einer  
Einschätzung zu erkundigen. Die  
Vogelwarte ist telefonisch unter  
041 462 97 00 erreichbar. An  
Wochenenden und Feiertagen ist  
ein Pikettdienst organisiert. (stg)

«Damit kann man nur verlieren»

Uni, Hochschule und PH Luzern warnen vor den Sparplänen des Bundes bei Bildung und Forschung.

Christian Glaus

Wenn diese drei Personen zu-  
sammen die Öffentlichkeit su-  
chen, haben sie etwas zu sagen.  
Gemeinsame Medienauftritte  
von Barbara Bader, Rektorin der  
Hochschule Luzern (HSLU), Ka-  
thrin Krammer, Rektorin der Päd-  
agogischen Hochschule Lu-  
zern, und Martin Hartmann,  
Rektor der Universität Luzern,  
sind eher selten.

Doch nun ist es ihnen wich-  
tig, mit einer Stimme zu spre-  
chen. Denn es stehe viel auf dem  
Spiel. Es geht um die Sparpläne  
des Bundes. Um die Finanzen  
wieder ins Gleichgewicht zu  
bringen, will der Bundesrat ab  
2027 bis zu 3,6 Milliarden Fran-  
ken einsparen. Substanziell sind  
dabei die Kürzungen im Bereich  
Bildung, Forschung und Innova-  
tion um 460 Millionen Franken  
pro Jahr. Noch bis zum 5. Mai  
läuft die Vernehmlassung, in der  
sich unter anderem Parteien  
und Kantone äussern können.

Die Sparmassnahmen  
im Überblick

— In den Bereichen Bildung,  
Forschung und Innovation will  
der Bundesrat **460 Millionen  
Franken** sparen. In seiner Vor-  
lage schreibt er, die Bereiche sei-  
en stark gewachsen, die Ausga-  
ben für Bildung und Forschung  
würden inzwischen über 8 Mil-  
liarden Franken betragen.

— Um 200 Millionen Franken  
jährlich senken will der Bundes-  
rat die Beiträge an die ETH und  
die kantonalen Hochschulen für  
die **Ausbildung von Studierenden**.  
Im Gegenzug schlägt er  
vor, die **Studiengebühren zu  
erhöhen**.

— Stark gekürzt werden sollen  
auch die Beiträge für Forschung  
und Innovation. Ab 2026 soll  
der **Schweizerische National-  
fonds (SNF)** 10 Prozent einspa-  
ren. Das sind rund 140 Millio-  
nen Franken pro Jahr. Ebenfalls  
um 10 Prozent gekürzt werden  
sollen die Mittel der **Agentur  
für Innovationsförderung In-  
nosuisse**, was jährlich über 30  
Millionen Franken entspricht.

So wirken sich die  
Sparmassnahmen aus

— **Studiengebühren:** Die **Uni-  
versität Luzern** müsste ihre Ge-  
bühren erhöhen. Schweizerinnen  
und Schweizer würden  
künftig pro Semester 1200 Fran-  
ken zahlen statt wie bisher 800  
Franken. Für Ausländerinnen  
und Ausländer würden die Stu-  
diengebühren auf 4460 Fran-  
ken vervierfacht. Die **Hoch-  
schule Luzern** kann noch keine  
konkreten Zahlen nennen. Die  
Studiengebühren müssten um  
mehrere hundert Franken er-  
höht werden, heisst es. Die **Päd-  
agogische Hochschule Lu-  
zern** erhält keine Grundfinan-  
zierung vom Bund und ist  
entsprechend nicht betroffen.

— **Forschung und Projekte:**  
Die **Uni Luzern** erhält allein  
vom Schweizerischen National-  
fonds durchschnittlich 5 Millio-  
nen Franken. Künftig würden



Halten wenig von den Sparmassnahmen des Bundes (von links): Barbara Bader, Rektorin Hochschule Luzern, Martin Hartmann, Rektor Uni-  
versität Luzern, und Kathrin Krammer, Rektorin Pädagogische Hochschule Luzern. Bild: Manuela Jans-Koch (Luzern, 4. 4. 2025)

für Forschungsprojekte 0,6 Mil-  
lionen Franken weniger zur Ver-  
fügung stehen. Bei der **Hoch-  
schule Luzern** würden Beiträge  
von jährlich rund 4 bis 4,5 Mil-  
lionen Franken wegfallen. Die  
**Pädagogische Hochschule Lu-  
zern** müsste mit jährlich 2 bis  
2,5 Millionen Franken weniger  
auskommen – 50 Prozent aller  
Drittmittel, welche sie für ihre  
Projekte einwirbt.

Reaktionen: «Unklug»,  
«Enttäuschend»

Die beiden Rektorinnen und  
der Rektor zeigen Verständnis  
dafür, dass der Bund sparen  
muss. «Enttäuschend ist aber,  
dass es sich beim Massnahmen-  
paket um eine rein buchhalterische  
Betrachtung handelt», sagt  
Barbara Bader. Über die Lei-  
stungen oder die Folgen der  
Sparmassnahmen sei bisher  
nicht diskutiert worden. Martin  
Hartmann ergänzt: «Volkswirt-  
schaftlich ist es unklug, bei Bil-  
dung, Forschung und Innova-  
tion zu sparen. Damit kann man  
nur verlieren.»

Investitionen in die genann-  
ten Bereiche seien wichtig für  
Wirtschaft und Gesellschaft,  
sagt Kathrin Krammer. «Pro in-  
vestierten Franken beträgt der  
volkswirtschaftliche Nutzen  
rund 5 Franken.» Die Haltung  
ist also klar: Uni, Hochschule  
und PH Luzern wehren sich  
gegen die Sparmassnahmen in  
ihren Bereichen. Wo stattdessen  
gespart werden soll, sagen sie  
nicht. Dieser Entscheid stehe ih-  
nen nicht zu.

Studiengebühren:  
«Weniger Fachkräfte»

Durch die Erhöhung der Stu-  
dienbeiträge könnten sich weni-

«Es könnten  
nicht  
genügend  
Fachleute  
ausgebildet  
werden.»

Barbara Bader  
Rektorin Hochschule Luzern

ger Personen ein Studium lei-  
sten, warnt Hartmann. Im Nach-  
teil wären junge Menschen aus  
weniger wohlhabenden Fami-  
lien. «Der Zugang zu den Hoch-  
schulen – eine grosse Stärke  
der Schweiz – würde einge-  
schränkt.» Auch die internatio-  
nale Ausstrahlung würde ge-  
schwächt. Hartmann und Bader  
betonen das starke Wachstum  
der Studierendenzahlen von 18  
Prozent, das für die nächsten  
zehn Jahre prognostiziert wurde.  
Dieses könnte mit den tieferen  
Bundesbeiträgen nicht bewältigt  
werden. Im Gegenteil, es würde  
zu einer Stagnation kommen.  
«Es könnten nicht so viele Fach-  
leute ausgebildet werden, wie  
die Unternehmen benötigen,  
obschon es genügend kluge  
Köpfe gäbe», sagt Bader.

Von der geplanten Kürzung  
bei den Ausbildungsbeiträgen  
ist die Pädagogische Hochschule  
Luzern nicht direkt betroffen.  
Sie erhält schon heute keine

entsprechenden Zahlungen  
vom Bund.

«Einschneidende  
Kürzung» bei Forschung

In der Forschung ist die Pädago-  
gische Hochschule hingegen  
massgebend von öffentlichen  
Geldern abhängig. Das ist die  
zweite Sparmassnahme, vor der  
die Institutionen warnen: Durch  
die Streichung grosser Millio-  
nenbeträge müsste der Schwei-  
zerische Nationalfonds (SNF)  
nach eigenen Angaben 700 For-  
schungsprojekte abweisen.  
2000 Stellen für junge Forsch-  
erinnen und Forscher könnten  
nicht mehr finanziert werden.  
Auch die Mittel der Agentur für  
Innovationsförderung Innosui-  
se sollen um 10 Prozent gekürzt  
werden.

Die PH Luzern müsste bei  
einer Kürzung der SNF-Mittel  
und der Streichung sogenann-  
ter projektgebundener Bundes-  
beiträge bei Forschung und  
Entwicklung grosse Abstriche  
machen. «Wir könnten unse-  
ren Leistungsauftrag gegen-  
über dem Kanton nicht mehr  
erfüllen», sagt Rektorin Kath-  
rin Krammer. Uni-Rektor Hart-  
mann spricht von «einschnei-  
denden» Kürzungen. Barbara  
Bader erklärt, die Hochschule  
Luzern führe Forschungs-  
projekte typischerweise in  
Kooperation mit kleinen und  
mittleren Betrieben (KMU) aus  
der Region durch. Das wäre  
künftig nicht mehr im gleichen  
Umfang wie heute möglich,  
was die Innovationskraft des  
Wirtschaftsstandorts Zentral-  
schweiz schwächen würde.

Martin Hartmann nimmt  
auch Bezug zum Handelsstreit,  
den US-Präsident Trump vom

Zaun gebrochen hat. Der Inno-  
vations- und Forschungsstand-  
ort Europa gewinne an Bedeu-  
tung, würde mit den Kürzun-  
gen in der Schweiz aber  
geschwächt werden. Die drei  
Bildungsinstitutionen hoffen  
nun, dass sich die Kantonsre-  
gierungen gegen die Sparpläne  
des Bundes bei Bildung, For-  
schung und Innovation weh-  
ren. Und sie stehen in Kontakt  
mit den National- und Stände-  
räten, welche schliesslich über  
die Umsetzung des Massnah-  
menpakets entscheiden.

Helfen Kantone aus?  
«Kaum Hoffnung»

Sollten die Bundesgelder weg-  
fallen, fragt sich, wie diese kom-  
pensiert werden können. Die  
Pädagogische Hochschule ist  
aufgrund ihres Tätigkeitsgebiets  
fast gänzlich auf Beiträge der öf-  
fentlichen Hand angewiesen.  
Die HSLU erbringt aktuell For-  
schungs- und Entwicklungslei-  
stungen in Höhe von rund 75 Mil-  
lionen Franken pro Jahr. Davon  
kommen laut Bader fast drei  
Viertel aus externen Quellen.  
Bei der Uni Luzern machen so-  
genannte Drittmittel rund 15  
Prozent des Gesamtbudgets aus.  
«Diesen Anteil können wir nicht  
weiter steigern», sagen Bader  
und Hartmann.

Schon heute müssen die drei  
Zentralschweizer Bildungsins-  
titutionen im nationalen Ver-  
gleich überdurchschnittlich vie-  
le Drittmittel generieren, beto-  
nen sie. Und es gebe auch wenig  
Anzeichen dafür, dass die Kan-  
tone bereit sind, die wegfallen-  
den Bundesgelder zu überneh-  
men. Barbara Bader sagt: «Die-  
se Hoffnung hält sich aktuell  
noch in engen Grenzen.»